EUROPEAN-NEWS-AGENCY.COM

EUROPEAN NEWS AGENCY

International Press Service

Ressort: Politik

VER.DI spielt erneut mit vielen Arbeitsplätzen

Berlin, 06.03.2023 [ENA]

Und wieder riskiert die VER.DI unnötigerweise die Jobs von vielen Angestellten im öffentlichen Dienst. Dabei ist sie nicht in der Lage, alle ihre Mitglieder mit einem Tarifvertrag zu versorgen. Doch genau dass ist es doch, was sich VER.DI auf die Fahne geschrieben hat. Aber leider ist es in vielen Betrieben so, dass die Quereinsteiger in schlechteren oder garkeinen Tarifverträgen verankert sind.

Nach den letzten Streiks bei der Deutschen Post, sind nun wieder die Flughäfen, Stadtwerke und Abfallbeseitigung dran. Was will die VER.DI damit aber bezwecken? Fakt ist, es ist Inflation und alles wird immer teurer. Arbeitskampf ist ein Mittel, um den Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zu bringen. Aber gerade in der heutigen Situation ist dies nicht gerechtfertigt und spornt den Unmut der Bundesbürger an. Die Inflation trifft derzeit jeden und die VER.DI macht sich das zu nutzen, und setzt dies als Druckmittel ein. Wir nehmen hier die letzten Streiks der Deutschen Post als Beispiel.

Ja, hier hat es aufgrund der Streiks einen neuen Tarifvertrag gegeben, von dem jeder profitiert, der bei der Deutschen Post oder den Tochtergesellschaften angestellt ist. Jeder? Dies können wir definitiv mit einem klaren Nein beantworten. Die Beamten der Deutschen Post unterliegen anderen Vorschriften als die Postler. Postler, welche einen Gebietsschutz haben, sind fast einem Beamten gleichzustellen. Gebietsschutz sagt aus, das die Mitarbeiter schon lange bei der Post sind und an verschiedenen Stellen eingesetzt werden. Und genau diese Postler profitieren im ersten Augenblick von dem Tarifvertrag.

Warum aber nur im ersten Augenblick? Das ist einfach erklärt. Wenn Mitarbeiter in Rente gehen oder den Job wechseln oder anderwertig nicht länger zur Verfügung stehen, wird die Deutsche Post doch einen Teufel tun und diese Stellen neu besetzen. Da müssen dann die verbleibenden Mitarbeiter eben ein wenig mehr arbeiten. Das ist das Recht des Arbeitgebers. Aber genau das sieht die VER.Di nicht oder will sie nicht sehen. Um neue Mitarbeiter einzustellen, darf nicht gestreikt werden. So hat die VER.DI in dem Punkt schonmal für einen gewissen Unmut gesorgt, welcher sich später äussern wird. Aktuell ist dieser Unmut in zwei Situationen zu spüren.

Die Deutsche Post und ihre Töchter, so wie die DHL zum Beispiel, erhöhen erneut die Preise für ihre Dienstleistungen oder lassen Services wegfallen die häufig genutzt wurden. Das betrifft alle Bürger die auf die Post angewiesen sind. Da wundert sich diese, dass die Kunden wegbleiben oder zu preiswerteren Mitanbietern wechseln die, zumindest in Deutschland teilweise besser und zuverlässiger sind. Der weitaus

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



schwerwiegendere punkt ist, dass bei der deutschen Post d#viele Mitarbeiter keinen, sie haben richtig gelesen, keinen Tarifvertrag haben. Die VER.Di brüstet sich mit ihren Tarifabschlüssen ist aber nicht in der Lage, allen ihren Mitgliedern einen Tarifvertrag anbieten zu können, oder einen schlechteren als möglich wäre.

Da nehmen wir zum Beispiel die gesamten Quereinsteiger im telefonischen und schriftlichen Kundenservice, der so genannten DPCSC. Dies steht für Deutsche Post Customer Service Center. Das ist das Kundencenter, wo schriftliche Anfragen zusammenlaufen, und ein kleiner Teil der telefonischen Anfragen. Dort gibt es diese Dreiteilung extrem offensichtlich. Es arbeiten Beamte, Postler und Quereinsteiger zusammen und machen die gleiche Arbeit. Die Beamten dürfen nicht streiken und werden besoldet. Die Postmitarbeiter, welche meist aus geschlossenen Filialen kommen und schon lange dabei sind, bekommen für die gleiche Arbeit wie die Quereinsteiger, im Schnitt doppelt soviel an Gehalt und dürfen streiken.

Die Quereinsteiger werden mit Mindestlohn bezahlt und dürfen nicht streiken, da sie keinen Tarifvertrag angeschlossen sind. Und das seit mittlerweile über 12 Jahren, die VER.DI nicht mehr mit der Post an einem Tisch gesessen hat um Tarifverhandlungen für die Quereinsteiger zu führen. Wer daran schuld ist, ist ja nicht schwer zu erraten. Der eine schiebt es auf den anderen und Leidtragende sind die Mitarbeiter ohne Tarifsicherheit. Und genau das ist es, um was sich die VER.DI kümmern sollte.

Nein, da gibt es deutlich überzogene teilweise unverschämte Forderungen an die Arbeitgeber, aber alle Mitarbeiter, egal bei welchem Arbeitgeber, mit einem Tarifvertrag auszustatten ist nicht machbar. Und die nicht tarifvertragsgebundenen Mitarbeiter zahlen aber ihre Mitgliedsbeiträge für die VER.DI, welche gerade in der aktuellen Situation, mit dem Job der anderen Mitarbeiter spielt. Dabei hat Deutschland im Moment ganz andere Baustellen als Tarifverträge die überzogene Forderungen beinhalten.

Bericht online lesen: https://www.en-a.ch/politik/verdi_spielt_erneut_mit_vielen_arbeitsplaetzen-85873/

Redaktion und Verantwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Oiver Berling

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.